PB.W-01-298

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Sylvia Dorn (KV Ortenau)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 297 bis 305:
wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen~~, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Die globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck schützen.~~. Das muss einerseits durch eine Gesetzgebung mit der Zielrichtung einer sozial-ökologischen Transformation geschehen, andererseits wollen wir die Eigenverantwortung und die Kreativität der Unternehmen in dieser Zielrichtung stärken, indem wir ihnen neben der Finanzbilanz auch eine am Gemeinwohl orientierte Bilanz an die Hand geben. Das befähigt die Unternehmen alle geschäftlichen Aktivitäten sowohl individuell als auch branchenspezifisch in eine ökologisch und menschenrechtlich nachhaltige Wirtschaftsweise zu überführen. So fördern wir die Vielfalt eigenverantwortlicher, unternehmerischer Innovationskräfte und bewirken eine stetige, sozial-ökologisch positive Veränderung des europäischen Binnenmarkts. Diese geht in eine globale Lenkungswirkung über, weil wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck schützen.
Um die Digitalisierung zu gestalten müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren.

Begründung

Die Festlegung sozial-ökologischer Standards durch die Gesetzgebung ist eine wichtige Rahmenbildung der sozial-ökologischen Transformation, aus der aber Unternehmen, deren Aktivitäten hauptsächlich nur durch eine profit-orientierte Finanzbilanz gesteuert werden, vor allem Schlupflöcher suchen und finden werden, so wie das heute auch noch im Rahmen der Steuergesetzgebung üblich ist. Daher brauchen wir ein Instrument innerhalb der Unternehmen, das ihnen eine Reflexion ihres unternehmerischen Beitrags zum Gemeinwohl der Gesellschaft möglich macht und neue Motivationen zur Weiterentwicklung in eigener Verantwortung hervorrufen kann. Dadurch steigern wir die Vielfalt sozial-ökologischer Wirtschaftswege.

weitere Antragsteller*innen

Eberhard Müller (KV Ortenau); Walther Moser (Freiburg KV); Michael Christ (KV Ortenau); Beate Hoeft (KV Ettlingen); Mirjam Gutheil (KV Böblingen); Achim Jooß (KV Ortenau); Markus Tittelbach (KV Konstanz); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ulrich Kurz (KV Böblingen); Maya Wulz (KV Böblingen); Alfred Steinki (KV Böblingen); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Heike Bartholomae (KV Böblingen); Andreas Ruoff (KV Böblingen); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Hanna Heicke (KV Emmendingen); Heike Nabholz (KV Sigmaringen); Susanne Petermann-Mayer (KV Sigmaringen); Claudius Banani (KV Böblingen); Thomas Henne (KV Bodenseekreis); Holger Eschmann (KV Reutlingen); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Petra Knaus (KV Sigmaringen); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Eberhard Hoffmann (KV Wittmund); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Ulrich Fellmeth (KV Stuttgart)